

18-Punkte-Vorschlag für eine Friedenslösung des Afghanistan-Konfliktes

Von Matin Baraki

Die „internationale Gemeinschaft“ führt seit mehr als dreiunddreißig Jahren einen verdeckten und seit dreizehn Jahren einen offenen Krieg gegen Afghanistan und hat damit das gesamte gesellschaftliche Gefüge Afghanistans zerstört; die Infrastruktur, die ökonomischen, politischen und sozialen Fundamente des Landes vernichtet bzw. so aus dem Gleichgewicht gebracht, dass es eine funktionsfähige Gesellschaft am Hindukusch auf unabsehbare Zeit nicht geben wird. Auf Grundlage meiner Feldforschung und zahlreicher Gespräche mit der Bevölkerung aus verschiedensten Schichten und Klassen in Afghanistan, bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass es längs an der Zeit ist, über Alternativen zum NATO-Krieg nachzudenken. Dreiunddreißig Jahre Krieg sind mehr als genug. Wir müssen es nun endlich mit dem Frieden versuchen. Folgende Thesen sollen dazu als Diskussionsgrundlage dienen:

1. Ein einseitiger und bedingungsloser Waffenstillstand der NATO, zunächst für die Dauer von mindestens sechs Monaten.
2. Ablösung der NATO-Einheiten durch eine International Security Assistance Force (ISAF) bestehend aus Einheiten der islamischen und Blockfreien Staaten. Vier Fünftel (80 %) aller UN-Blauhelmsoldaten kommen aus den Blockfreien Staaten, warum nicht auch in Afghanistan.
3. Auflösung aller NATO-Militärbasen und Stützpunkte sowie diesbezüglich geschlossener Verträge mit der Kabuler Administration.
4. Eine nationale Versöhnungspolitik mit allen politischen Gruppierungen, einschließlich der islamisch geprägten, wie den Taleban, der Hesbe Islami von Gulbudin Hekmatyar und dem Haqani-Netzwerk.
5. Bildung einer Wahrheitskommission nach dem Muster Südafrikas.
6. Auflösung aller militärischen und paramilitärischen Verbände der Warlords sowie der ausländischen und afghanischen privaten Sicherheitsfirmen.
7. Vorbereitung von landesweiten Wahlen in den Dörfern, Kreisen, Bezirken usw. zu einer nationalen Loya Djerga (Ratversammlung), unter der Kontrolle unabhängiger internationaler Organisationen, wie Friedens-, Frauen-, Studenten- und Gewerkschaftsbewegungen.
8. Konstituierung einer vom Volk gewählten Loya Djerga, jedoch keine Ernennung von irgendwelchen Abgeordneten durch den Präsidenten.

9. Auf dieser Loya Djerga sollen dann eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes basierend auf der Abschaffung des Präsidialsystems sowie eines Wahl-, Parteien- und Gewerkschaftsgesetzes gewählt werden.
10. Durchführung von allgemeinen, freien und von unabhängigen Gremien kontrollierten Parlamentswahlen.
11. Wahl einer neuen Regierung unmittelbar durch das Parlament, ohne vorherigen Vorschlag des noch amtierenden Interimsministerpräsidenten.
12. Abschaffung der Politik der offenen Tür und Einleitung einer auf nationalen Interessen basierenden Wirtschafts-, Finanz-, Zoll- und Steuerpolitik.
13. Maßnahmen zum Wiederaufbau des zerstörten Landes, wofür ein Viertel der NATO-Kriegskosten aufzuwenden wären. Diese Mittel sollen auf einem unter unabhängiger Kontrolle stehenden Treuhandkonto geparkt und nur projektgebunden verwendet werden können.
14. An den Wiederaufbaumaßnahmen sollten die Nachbarn Afghanistans bevorzugt beteiligt werden. Dies wird die regionale Kooperation und Stabilität fördern.
15. In der Region um Afghanistan sollte auf eine mittel-südasiatische Union hingearbeitet werden. Neben Afghanistan sollten ihr die vier mittelasiatischen Länder, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan, sowie Iran, Pakistan und Indien angehören. Denn all diese Länder haben viele Gemeinsamkeiten, wie Sprachen, Religionen und sogar Geschichte.
16. Als vertrauensbildende Maßnahme sollte Afghanistan als erstes Land nach etwa fünf Jahren seine nationale Armee auflösen.
17. Eine mittel-südasiatische Union könnte zu einer endgültigen Lösung des Kaschmir-Konfliktes¹ zwischen Indien und Pakistan und des Konfliktes um die Durand-Linie²

¹ Siehe ausführlich dazu: Baraki, Matin: Regionalkonflikt unter Atommächten: Der Streit um Kaschmir, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Jg. 46, 2001, H. 8, S. 976-984.

² Durch den von den Briten erzwungenen Durand-Vertrag vom 12. November 1893 unter der Herrschaft von Amir Abdul Rahmans (1880-1901) erhielt Afghanistan außenpolitisch den Status eines britischen Protektorats. Dieser Vertrag hatte zur Folge, daß ca. 190 000 qkm des afghanischen Territoriums mit ca. 9 Mio. Einwohnern im Osten und Südosten des Landes an Britisch-Indien abgetreten werden mußte. Dieser Grenzverlauf, der ausschließlich aus strategischen Gesichtspunkten der afghanischen Seite aufgezwungen worden ist, um Afghanistan den Weg zum Indischen Ozean zu versperren, zerschneidet gleichzeitig das von Paschtunen und Belutschen bewohnte Gebiet ohne Rücksicht auf Stammesgrenzen oder natürliche Trennungslinien. Es wurden dabei sogar Familien voneinander getrennt. Nach Gründung Pakistans im Jahre 1947 wurde dieses ursprünglich afghanische Territorium von der britischen Kolonialmacht Pakistan überlassen. Da seitdem Afghanistan und Pakistan diese Stammesregion beanspruchen, wurde sie bis heute zu

zwischen Afghanistan und Pakistan beitragen.

18. Dann wäre es an der Zeit, die Atomarsenale Indiens und Pakistans abzuschaffen. Dadurch könnte eine der konfliktreichsten Regionen des asiatischen Kontinents zur Zone des Friedens, der Stabilität und der Prosperität werden.

Dr. phil. Matin Baraki

Institut für Politikwissenschaft

Zentrum für Konfliktforschung

Zentrum für Nah- und Mittelost-Studien

Philipps-Universität Marburg

Sachverständiger für Afghanistan

Entwicklungspolitischer Gutachter

D-35032 Marburg

Tel./Fax: 0049 (0) 6421/162 285

Mobile: 0049 (0) 171-84 23 666

Email: baraki@uni-marburg.de

Internet: <http://www.staff.uni-marburg.de/~baraki>

einem unlösbaren Dauerkonflikt zwischen den beiden Ländern, die deshalb mehrfach an die Grenze einer militärischen Auseinandersetzung gerieten.